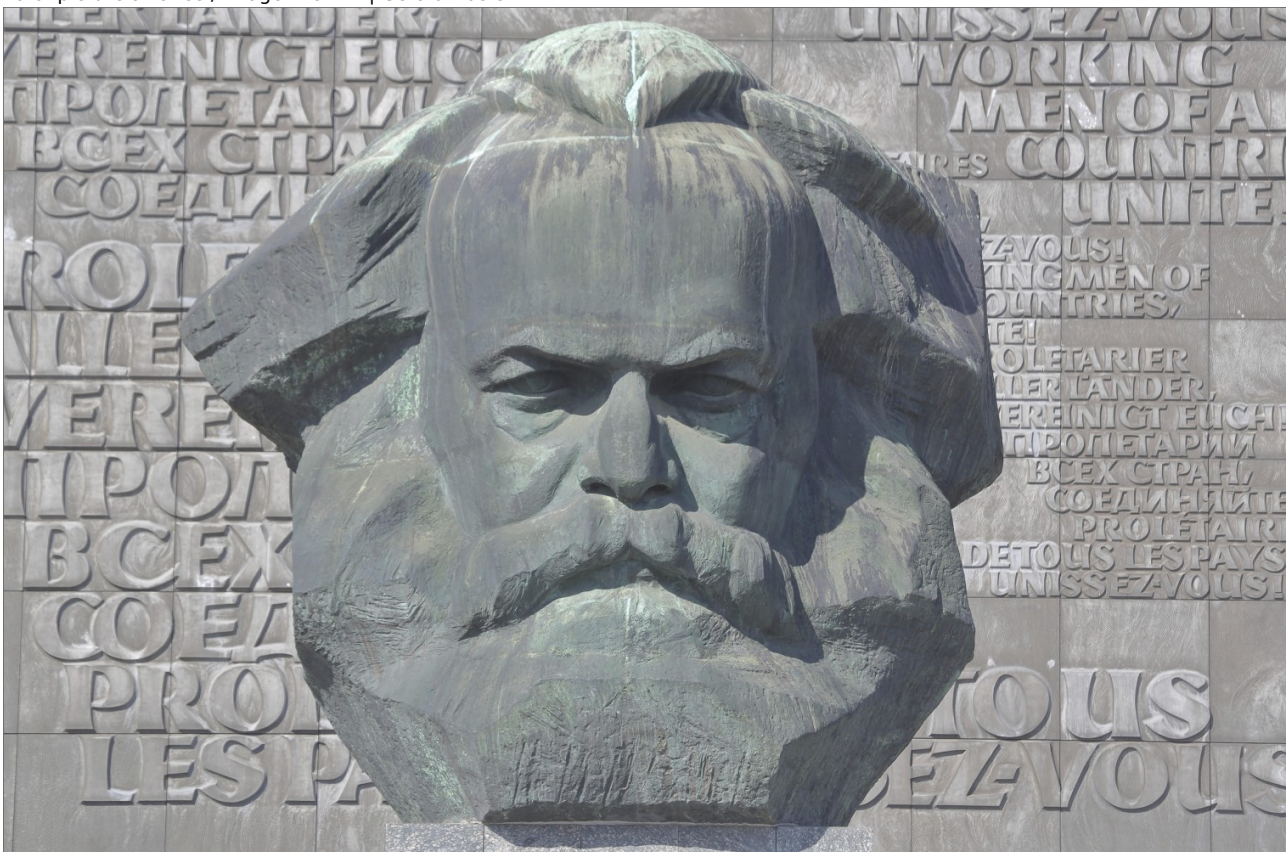


Mehr als Moral und Politik

Über die Grenzen kirchlicher Weltverbesserung und die Eigenständigkeit des Glaubens

Annette Weidhas

Foto: picture alliance / imageBROKER | Gerald Abele



„Dor Nischl“ – Karl-Marx-Skulptur von Lew Kerbel in Chemnitz (1971).

Wie politisch darf die Kirche sein? Und was bleibt vom christlichen Glauben, wenn er vor allem als gesellschaftliche Ethik verstanden wird? In der Debatte um politische Extreme und die Gegenwartskirche setzt sich unsere Autorin, die Theologin Annette Weidhas, mit den zeitzeichen-Autoren Matthis Glatzel und Angelika Nothwang auseinander und fragt: „Wo liegen die Grenzen kirchlicher Weltverbesserung?“

Wann hören wir auf, »rechts« als »böse« und »links« als »gut« zu framen? Rechts und links stehen erst einmal nur für die parlamentarische Sitzordnung, die auf die Französische Nationalversammlung von 1789 zurückgeht. Die heutigen sogenannten Konservativen, Wirtschaftsliberalen und Nationalstaatsbefürworter sitzen rechts, die sogenannten Progressiven, Sozialisten und Universalisten sitzen links. Erstere sind derzeit gegen offene Grenzen und woken Postkolonialismus, Letztere dafür. Vor allem daran zerbricht gegenwärtig der gesellschaftliche Frieden. Verkompliziert wird der traditionelle Gegensatz dadurch, dass momentan sowohl besonders Rechte als auch besonders Linke nicht für die Ukraine eintreten.

Und ganz verwirrend wird es beim Antisemitismus: Spätestens seit Karl Marx gab es neben dem rechten auch linken Antisemitismus, aber der rechte dominierte, heute macht vor allem der linke Antisemitismus von sich reden. Ich gebe es zu: Vor allem über Antijudaismus und Israelfeindschaft möchte ich eigentlich jeden Diskurs verweigern. Doch was würde das helfen? Mit ähnlichem Unverständnis schaue ich auch auf die neu-alten sozialistischen Ideen, die in unserer Gesellschaft Raum greifen. Jeder, der irgendwann einmal ein Geschichtsbuch gelesen hat, müsste wissen, dass alle sozialistischen Bestrebungen in dem Augenblick zu totaler Verarmung und Diktatur geführt haben, in dem sie Macht errangen. Aber was soll's. Offenbar sterben manche irrationalen Ideologien nicht aus. Also müssen wir reden.

Reden im Sinne eines fairen Diskurses will Matthis Glatzel (»Der Feind steht rechts«, zeitzeichen.net, 5.10.2026) eher nicht. Er kritisiert den Wiener Systematiker Ulrich H. J. Körtner, weil er die »kirchlichen Blindstellen gegenüber Linksextremismus« anspricht (»Gegen rechts reicht nicht«, zeitzeichen.net, 23.9. 2026). Körtner sortiere die Linkspartei gemeinsam mit der AfD aus dem Raum der demokratischen Parteien aus und erweise damit »der Demokratie einen Bärendienst«. Wieso das? Die Berliner Linke zeigt offen Nähe mit teils kriminellen Islamisten und propagiert Enteignungsfantasien. Was könnte für die Demokratie gefährlicher sein? Am Ende zitiert Glatzel Walther Rathenau: »Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden des Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts!“

Linke Blindstellen

Diese Art, historische Parallelen zu ziehen, ist gefährlich. 1922 ist nicht 2026. Die AfD ist nicht eine neue NSDAP. Dazu fehlt ihr praktisch alles, unter anderem bewaffnete Straßenkämpfer. Der gewaltsame Widerstand – gegen Sachen, aber auch Personen – ist derzeit eher auf Seiten der Linken. Aber weder den einen noch den anderen gegenüber sollte sich Feindschaftsrhetorik in unseren Kirchen breitmachen. Streiten müssen wir jedoch. Darum die Frage: Wieso liegt Körtner falsch, wenn er am Wahlprogramm der Linkspartei in Sachsen-Anhalt Anstoß nimmt, weil dort Evangelikalismus und Islamismus in einem Atemzug genannt werden? Glatzel gibt zwar zu, dass der deutsche Evangelikalismus für unsere Demokratie weniger gefährlich ist als der Islamismus, verweist aber auf Entwicklungen in den USA, die demokratiegefährdend seien.

Gut, auch darüber können wir reden, aber nur unter einer Klarstellung: Evangelikale bomben nicht und halten nichts von Messerattacken. Um es klar zu sagen: Evangelikale sind nicht per se gefährlich, sondern größtenteils liebenswerte Menschen – wie es beim Rest unserer Spezies auch der Fall ist. Die Gleichsetzung der Linkspartei von Evangelikalen und Islamisten ist infam und sollte allen Christen eine Warnung sein: Als in der DDR geborene und aufgewachsene Christin weiß ich aus Erfahrung, dass extreme Linke, sind sie einmal an der Macht, dazu neigen, Christen zu unterdrücken und zu verfolgen, ohne noch Unterschiede zu machen. Die einzige Möglichkeit gesellschaftlicher Akzeptanz besteht dann nur in Kollaboration oder direktem Verrat. Wer das nicht selbst erlebt hat, greife bitte zur einschlägigen Literatur.

Glatzel verteidigt die Linke damit, dass ja Thüringen in der Amtszeit Bodo Ramelow »nicht in ein sozialistisches Regime verwandelt wurde«. Abgesehen davon, dass dies in einem Bundesland nicht möglich ist, übersieht er völlig, wie sehr sich die altbundesrepublikanische Linke des evangelischen Christen Ramelow von der neuen radikalen Linken Berliner Zuschnitts unterscheidet. Diese Entwicklung ausgerechnet in der deutschen Hauptstadt ist gefährlich und sollte den Verfassungsschutz ebenso alarmieren, wie es die AfD tut. Das ist Körtners Position. Recht hat er.

Grenzen des Universalismus

Woher kommt bei einigen evangelischen Christen so viel Verständnis für die Linke? Ich glaube nicht, dass dieses Phänomen nur mit einer »Zeitgeistaffinität« des Protestantismus zusammenhängt. Ich bin in allen Kreisen unserer Kirche unterwegs und treffe überall vornehmlich auf freundliche, hilfswillige Menschen, die ihre Umwelt auf gute Weise gestalten wollen. Sie haben den freien, ungeframten Diskurs verdient, gerade weil sich ihre Lösungsstrategien für gesellschaftliche und kirchliche Problemfelder oft radikal unterscheiden. Wenn ich alle Mitchristen ignorieren oder gar als Feinde bekämpfen wollte, die mir bei verschiedenen Streitpunkten zu rechts oder zu links sind, mit wem sollte ich dann noch im Glauben verbunden sein?

Darum möchte ich auch auf den Artikel von Angelika Nothwang („Neues Semester, neues Glück“ zeitzeichen.net, 7.10.2026) eingehen, in dem sie im Streit um die öffentliche Distanzierung der Evangelischen Hochschule Nürnberg von ihrem Professor Ralf Frisch („Fränkische Omertá“ zeitzeichen.net, 13.7.2026) gegen Frisch Position bezieht. Vorausgeschickt sei, dass sie Frischs feuilletonistischen Stil kritisiert und behauptet, er verletze mit seinen Zuspitzungen theologische Standards. Das tut er nicht. Auch ein Professor darf sich, um Sachzusammenhänge zu verdeutlichen, polemischer Stilmittel bedienen. Gälte das nicht, müssten wir die meisten Theologen der Christentumsgeschichte bis hin zu Paulus in die Tonne treten. Frischs Begabung, pointiert zu schreiben – und übrigens auch ohne Manuskript druckreif zu reden –, sollte man anerkennen, will man nicht missgünstig erscheinen. Sei's drum, nun zum Inhalt der Kontroverse.

Nothwang wehrt sich gegen Frischs Vorwurf der »Gottvergessenheit«. Aber gibt es die Phänomene, die Frisch damit anspricht, etwa nicht? Reden wir nicht besonders gern vom »ohnmächtigen Gott«, ja wird inzwischen nicht der Begriff »Gott« teils vermieden oder nur noch als Metapher für Mitmenschlichkeit benutzt? Ist die Reduktion des Glaubens auf Ethik und die Reduktion der Person Jesu auf einen bloßen Lehrer und Propheten etwa nicht weit verbreitet? Die Liste einschlägiger Aufsätze und Bücher würde jedenfalls lang. Und was ist mit der seit Jahrzehnten gängigen radikalen präsentischen Eschatologie, die das Heil nicht mehr nur in der Welt beginnen lässt, sondern ganz auf sie beschränkt und damit wirklichen Transzendenzbezug leugnet? Wo bleibt die Auferstehungshoffnung, die sich auf das Andere der Welt bezieht? Brauchen wir überhaupt noch Erlösung und Versöhnung, wenn wir des Öfteren sogar auf Pfarrer und Pfarrerinnen treffen, die unsere klassischen Schuldbekennnisse ablehnen, weil der Mensch ja eigentlich gut geschaffen wurde? Versteht man in unseren Gemeinden noch, dass der Gottesdienst nicht in erster Linie Geselligkeits- und Kulturevent ist, sondern Dienst an Gott – und wir seine heilsame Wirkung erfahren, indem wir das ernst nehmen?

Aussichtsloser Alleingang?

Und trifft es nicht tatsächlich zu, dass dem »Klimabekenntnis« gelegentlich fast die Schärfe eines *status confessionis* beigemessen wird, obwohl es sich hierbei um ein rein politisches Problem handelt? Ralf Frisch will nicht zwischen »Gottesglauben und ethischer Verantwortung« trennen, wie Nothwang meint, er will gemäß lutherischer Verantwortungsethik die Bereiche unterscheiden, damit rational verantwortungsvoll gehandelt werden kann. Die Frage, um die es beim Thema »Klima« geht, ist doch, wie Deutschland sich gegen die zu erwartende Klimaerwärmung schützen will, wenn es vorher im aussichtslosen Versuch, sie im Alleingang zu verhindern, seine Wirtschaft wegen viel zu hoher Energiepreise, überbordender Bürokratie im Zuge von staatlichen Regulierungen und anderem zum Absturz bringt? Die »große Transformation« in der deutschen Klimapolitik hätte in dem Moment transformiert werden müssen, in dem klar war, dass buchstäblich *niemand* dem deutschen Sonderweg eines gleichzeitigen Ausscheidens aus der Energiegewinnung durch Atomkraft und fossile Brennstoffe folgen wird, ohne dass die nötigen Speichersysteme oder Leitungsnetze für die erneuerbaren Energien vorhanden sind. Dass sich hier kaum etwas verändert, lässt sich soziologisch-politisch nur durch das Phänomen der sogenannten »Pfadabhängigkeit« erklären oder religiös als Verblendung.

Letzteres hängt unter anderem mit dem Hang zum Universalismus linker Bewegungen zusammen, seien sie säkular oder religiös gestimmt. Darum fragt Frau Nothwang: »Wie verhalten sich die von Frisch betonte Partikularität der jüdisch-christlichen Geschichte und eine Bundestheologie zu Universalismus, kategorischem Imperativ und allgemeinen Menschenrechten?« Insinuiert sie damit, Frisch könnte hier Probleme haben? Falls ja, stünde er natürlich rechts. Zu Frisch kann ich dazu nichts sagen. Meines Erachtens aber ist erst einmal festzustellen, dass diese Ideen der Geistesgeschichte des »christlichen Abendlandes« entstammen, aber leider auch in Europa politisch oft genug mit Füßen getreten wurden. Der Rest der Welt lehnt sie mehrheitlich offen ab.

Kants *Kategorischer Imperativ* fungiert individualethisch als kritischer Prüfstein, ob ich widerspruchsfrei wollen kann, dass andere ebenso handeln. Wenn das nicht der Fall ist, korrigiere ich, was ich will. Der kategorische Imperativ dient aber nicht dazu, das, was mir gut erscheint, unkritisch zu verallgemeinern und allen als das vorzuschreiben, was auch für sie zu gelten habe. Und in Dilemmatasituationen hilft er sowieso nicht, weil er einem die individuelle Entscheidung nicht abnimmt. Die Welt und unser Leben bestehen aber mehrheitlich aus solchen Dilemmatasituationen samt der zugehörigen Pflichtenkollisionen. Und die *Menschenrechte* beginnen bei Paulus mit dessen Diktum, dass vor Gott alle Menschen gleich sind. Nimmt man das *vor Gott* weg, bleibt von der Gleichheit nicht mehr viel übrig.

Identität der Abgrenzung

Außerhalb des jüdisch-christlichen Kulturkreises stößt schon dieser Ansatz weithin nicht auf Gegenliebe, geschweige denn, dass man bereit oder fähig wäre, das Gleichsein vor Gott politisch umzusetzen. Verschwände das Christentum, würde sicher bald keiner mehr von allgemeinen Menschenrechten reden, weil man keine eigenverantwortlichen Einzelnen, sondern nur noch Mitglieder von Gruppen kennt, die ihre Identität der Abgrenzung von anderen verdanken. Daraus leite ich für mich die Notwendigkeit ab, strikt für meinen partikularen Glauben an die universale Liebe Gottes einzustehen, die jedem einzelnen Menschen gilt – und wünsche mir das auch von meinen Mitchristen. Bleibt der *Universalismus*.

Alle Bemühungen, »Tausendjährige Reiche« zu gründen, von Rom bis Hitler und Stalin, zielten auf Universalität durch Weltherrschaft. Sie sind alle gescheitert. Historisch betrachtet gibt es aber ebenso wenig die geringste Aussicht, eine universale Weltordnung auf friedliche Weise zu erreichen. Der moderne Versuch dazu über UN und andere Weltorganisationen scheint gerade zu scheitern, weil sich der Fokus von den individuellen Menschenrechten auf die Rechte von Gruppen und Kollektiven verschoben hat, die sich durch Abgrenzung voneinander definieren. Das besorgt mich und lässt für die nahe Zukunft wenig Gutes hoffen.

Aber letztlich verkäme jede universale Regierung zur Weltdiktatur. Denn die *conditio humana*, derzufolge der Mensch Sünder ist und bleibt, lässt sich nicht außer Kraft setzen. Das allerdings will die Linke nicht wahrhaben. Die universale Welt- und Friedensordnung ist das Heilsversprechen aller Sozialisten und Kommunisten von Beginn an. Das wurde uns schon in den DDR-Schulen vor Augen geführt. Die christliche Linke hat diesen Traum adaptiert, nicht zuletzt Dorothee Sölle mit ihrer Vision einer gerechten und solidarischen Welt, mit der das Heilsversprechen Gottes beziehungsweise Jesu ganz in die Immanenz verlagert wird.

Natürlich sollen Christen sich um eine gerechte und solidarische Welt bemühen. Sie können auch viel tun, um Übel und Ungerechtigkeiten aufzudecken und den Opfern zu helfen. Die Hoffnung aber, die Welt nicht nur besser, sondern gut zu machen und sie nach unseren Vorstellungen gut für die Ewigkeit erbauen zu können, halte ich für so erfolgversprechend wie den Turmbau zu Babel. In dunklen Stunden fürchte ich darum angesichts derzeitiger globaler Krisen, dass Gott uns den Bettel unserer Hybris gerade wieder einmal vor die Füße wirft.

Annette Weidhas

Annette Weidhas, geboren 1960 in Rodewisch im Vogtland, ist promovierte Theologin und arbeitet als Programm- und Verlagsleiterin für die *Evangelische Verlagsanstalt* in Leipzig und ist Redakteurin der *Theologischen Literaturzeitung*.

Weitere Texte des Autors/der Autorin